



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kreistagsabgeordnete,

Die kommunale Wärmewende wird eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre: deshalb hat sich der Vorstand des Landkreistages im Rahmen einer Klausurtagung ausführlich mit dem Thema und mit der Rolle der Kreise befasst. Neben einem Austausch mit Staatssekretär Knuth und schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten konnte Hansewerk Natur seine Überlegungen als Partner für die Energie- und Wärmewende vorstellen. Es ist zu begrüßen, dass die Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben in der EWKG-Novelle alle zulässigen Erleichterungen zugunsten der Kommunen nutzen will. In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein wird es in weiten Teilen kein Wärmenetz geben können. Daher ist es richtig, hier schnell über eine vereinfachte und verkürzte Wärmeplanung Planungssicherheit zu schaffen, was nicht ausschließt, dass auch in solchen Gebieten Quartiers- oder andere kleinere Netzlösungen gefunden werden. Die Rolle der Kreise wird überwiegend als unterstützend und - wo gewollt - koordinierend gesehen; die gesetzlichen Grundlagen sollten aber alle denkbaren Optionen der interkommunalen Zusammenarbeit ermöglichen und so Platz für die beste Lösung vor Ort lassen. Im Austausch mit Staatssekretär Knuth wurde deutlich, dass noch eine unterschiedliche Sichtweise hinsichtlich der Ausgestaltung eines kommunalen Wärmekompetenzzentrums besteht. Synergieeffekte, die starke kommunale Anbindung und die bisherigen Erfolge sprechen für eine Realisierung im Breitbandkompetenzzentrum – auch und gerade, weil die technischen Grundlagen in Form von Geo-Informationssystemen letztlich für viele leitungsgebundene Infrastrukturen gleichermaßen genutzt werden können.

Eine große Herausforderung wird auch die Umsetzung der Ergebnisse der Kita-Evaluation bleiben: Wurde im letzten Newsletter noch die Hoffnung geäußert, dass es gelingt, die Finanzierungslücke durch ein Maßnahmenpaket zu schließen, das auch die Zustimmung der Kommunen findet, indem alle Beteiligten einen entsprechenden Beitrag leisten, hat sich die Landesregierung entscheiden, ein eigenes Berechnungsmodell vorzulegen. Dies verzichtet trotz einer erheblichen Finanzierungslücke darauf, die Finanzierung auf eine breite Basis zu stellen, und führt so zu einer Verschiebung von Finanzierungslasten und Finanzierungsrisiken auf die kommunale Ebene, insbesondere auch auf die Träger der örtlichen Jugendhilfe, also die Kreise. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll im Herbst im schleswig-holsteinischen Landtag beraten werden. Der Landkreistag wird weiterhin valide Berechnungsgrundlagen und Annahmen einfordern und seine Position entsprechend in die Diskussion einbringen.

Herzlichst Ihr
Dr. Sönke E. Schulz

Inhalt

Editorial 1

Gemeinsamer Wahlaufzur zur
Europawahl: „Europa sind wir
alle!“ 2

Gesundheitsversorgung im Fokus:
Kreispräsidentinnen und Kreis-
präsidenten fordern eine gute
medizinische Versorgung im
ländlichen Raum 3

Wechsel im Vorsitz des Finanz-
ausschusses 4

Termine 4



GEMEINSAMER WAHLAUFRUF ZUR EUROPAWAHL: „EUROPA SIND WIR ALLE!“

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Kristina Herbst, die Kreispräsidentin des Kreises Dithmarschen, Ute Borwieck-Dethlefs, sowie die Stadtpräsidentin der Stadt Neumünster, Anna-Katharina Schättiger, haben heute (4. Juni) an alle Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein appelliert, bei der Europawahl am 9. Juni ihre Stimme abzugeben: „Setzen Sie sich ein für ein freies und demokratisches Europa! Gehen Sie wählen!“

„Die europäische Idee verkörpert zentrale Werte unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Europa stehe für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. „Lassen Sie uns gemeinsam für den Erhalt dieser Werte eintreten! Überlassen Sie das Feld nicht den Gegnern von Freiheit und Demokratie“, mahnte die Parlamentspräsidentin. „Bedenken Sie auch, dass viele Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, uns unmittelbar betreffen. Nutzen Sie die anstehende Wahl, um Einfluss auf die Weichenstellungen zu nehmen, die Ihnen wichtig sind“, ermunterte Herbst die Wahlberechtigten. „Und Sie wissen doch“, sagte die Präsidentin in Anspielung auf ein Zitat eines Weimarer Fotografen in dem Film-Einspieler zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes mit einem Augenzwinkern: „Wer nicht wählt, kommt in die Suppe.“

Erstmals dürfen Jugendliche ab 16 Jahren an der Wahl teilnehmen. Eine Generation, für die offene Grenzen, eine gemeinsame Währung und vor allem Frieden ganz normal sind. Auch von ihrer Beteiligung und ihrer Wahl hänge ab, wie es mit Europa und den Errungenschaften der Europäischen Union weitergehe. „Eure Stimme

für Europa macht einen Unterschied“, appellierte Ute Borwieck-Dethlefs, Kreispräsidentin des Kreises Dithmarschen, an die Erstwählerinnen und Erstwähler. „Jede und jeder hat die Möglichkeit, mit ihrer und seiner Stimme mitzuentcheiden, in welche Richtung sich Europa in den nächsten Jahren entwickeln wird. Diese Entscheidung hat erheblichen Einfluss auf das Leben aller Menschen in Europa“, so Borwieck-Dethlefs weiter. Und diese Entscheidung werde auch Auswirkungen auf die Kommunen haben, denn dort werde Europa gelebt. „In den Städten, Gemeinden und Kreisen gestalten Menschen gemeinsam ihr Zusammenleben; dies sind die Orte, wo Demokratie, Toleranz und Menschenrechte gelebt werden“, ergänzte Anna-Katharina Schättiger, Stadtpräsidentin der Stadt Neumünster, und mahnte: „Überlassen wir Europa nicht den Populisten.“

Gemeinsam appellierten Herbst, Borwieck-Dethlefs und Schättiger an die Wahlberechtigten: „Machen Sie am 9. Juni von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und tragen Sie dazu bei, das Wesen Europas mitzugestalten und weiterhin positiv zu prägen. Ihre Stimme zählt.“

GESUNDHEITSVERSORGUNG IM FOKUS: KREISPRÄSIDENTINNEN UND KREISPRÄSIDENTEN FORDERN EINE GUTE MEDIZINISCHE VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Am 16. Mai 2024 kamen die Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten im Hansapark in Sierksdorf zu ihrem regelmäßigen Austausch zusammen. Neben einer Führung, bei der das Betreiberhepaar Leicht einen interessanten Einblick hinter die Kulissen eines Vergnügungsparks und eines mittelständischen Unternehmens gab, standen Themen aus dem Gesundheitsbereich im Mittelpunkt. Mit Gesundheitsstaatssekretär Dr. Oliver Grundei wurden zwei aktuelle Großvorhaben des Bundes – das Krankenhausversorgungsverbesserungs- und das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz – diskutiert. Dabei wurde seitens der Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten die Notwendigkeit betont, eine gute medizinische Versorgung im ländlichen Raum auch künftig sicherzustellen.



Bundesweit bewegen sich die Krankenhäuser seit Jahren aufgrund problematischer Rahmenbedingungen in einem wirtschaftlich schwierigen Fahrwasser. Diese Entwicklung hat auch in Schleswig-Holstein schon zu ersten Insolvenzverfahren geführt. Die wichtige Aufgabe, die stationäre Versorgung im Land zunächst auch wirtschaftlich abzusichern, sollte oberste Priorität haben, war man sich mit Staatssekretär Grundei einig. Allerdings sei ein Engagement des Bundes hier noch nicht absehbar. Die dringend erforderliche Anpassung des Landesbasisfallwertes werde mit einer Zustimmung zu den weiteren – seitens der Länder sehr kritisch gesehenen – Elementen der Krankenhausreform verknüpft.

Die aktuellen Pläne auf Bundesebene geben insbesondere für den ländlichen Raum Anlass zur Sorge. „Ein Kahlschlag der medizinischen Versorgung gerade in dünn besiedelten Gebieten muss in jedem Fall vermieden werden,“ betonte die gastgebende Kreispräsidentin Petra Kirner (Ostholstein). Bei allen schwierigen politischen Entscheidungen dürfe das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht aus dem Blick verloren werden. Reformen müssten die Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Blick nehmen. Dieser dürfe nicht gefährdet werden.

Einig war man sich auch darin, dass die konkreten Auswirkungen der Krankenhausreform auf Schleswig-Holstein zum jetzigen Zeitpunkt nicht vollständig absehbar seien. Insofern sei es zu begrüßen, dass das Land nicht auf die Vorgaben des Bundes „warte“, sondern das ehrgeizige Ziel verfolge, zum Jahr 2025 eine neue Landeskrankenhausplanung zu erstellen. Nur so könne schnell Planungssicherheit für die anstehenden, erheblichen Investitionen in allen Landesteilen geschaffen werden. Da die Kreise gemeinsam mit dem Land für die Sicherstellung der stationären Versorgung zuständig sind, erwarten die Kreise vom Land eine enge Einbindung in den weiteren Reformprozess. Aufgrund der gemeinsamen Finanzierungsverantwortung habe man ein gemeinsames Interesse an einem effektiven Mitteleinsatz. Auch in Zeiten angespannter Haushalte müssten die Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur hohe Priorität haben.

Abschließend wies das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, PD Dr. Sönke E. Schulz, darauf hin, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landkreistag bereits 2021 – und damit noch vor den Reformüberlegungen auf Bundesebene – mit einer Neuausrichtung der medizinischen Versorgung befasst habe. „Die Kreise in Schleswig-Holstein erkennen als Aufgabenträger durchaus an, dass es hinsichtlich der medizinischen Versorgung auch im ländlichen Bereich einen Reformbedarf gibt. Eine entsprechende Veränderung müsse aber mit Augenmaß und im engen Schulterchluss mit dem Land erfolgen,“ so das abschließende Fazit von Dr. Schulz.

WECHSEL IM VORSITZ DES FINANZAUSSCHUSSES

Dr. Rolf-Oliver Schwemer, Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde, hat im Jahr 2013 den Vorsitz des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages übernommen. Mit dem Ausscheiden als Landrat hat Dr. Schwemer am 27. Mai 2024 letztmalig die Sitzung des Finanzausschusses geleitet.

Die Mitgliederversammlung des Verbandes hat im April 2024 Florian Lorenzen, Landrat des Kreises Nordfriesland, zum neuen Vorsitzenden des Finanzausschusses gewählt. Florian Lorenzen wird nun den Staffelstab von Dr. Schwemer übernehmen und erstmals im Herbst die Ausschusssitzung leiten.

Lorenzen erinnerte in der Ausschusssitzung daran, dass Dr. Schwemer in seiner Zeit als Ausschussvorsitzender die Reform des kommunalen Finanzausgleichs sowie die dagegen gerichteten kommunalen Verfassungsbeschwerden eng begleitet habe. Er dankte seinem Vorgänger für die geleistete Arbeit und erinnerte abschließend mit einem Augenzwinkern daran, dass die Kreise im Jahre 2012 den Höhepunkt bei den aufgelaufenen Defiziten hatten. Mit der Übernahme des Ausschussvorsitzes durch Dr. Schwemer im Jahr 2013 habe sich auch die Finanzsituation



der Kreise verbessert. Und mit dem jetzt bevorstehenden Ausscheiden von Dr. Schwemer würde sich die Situation der öffentlichen Haushalte nun wieder verschlechtern.

Dr. Schwemer dankte abschließend allen Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit. Eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik sei ihm stets ein wichtiges Anliegen gewesen.

dataport
kommunal

TERMINE



JUNI

Mo. 10.06. 10.00 Uhr
ARGE-Vollsitzung 2/2024



JULI

Mo. 15.07. 14.00 Uhr
Vorstand 6/2024

Alle Termine für 2024 finden Sie unter:
www.sh-landkreistag.de/aktuelles/termine/



Für sichere, innovative
und bürgernahe Kommunen

Wir gestalten die digitale Zukunft vor Ort.
www.dataport-kommunal.de